



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 59. Ratssitzung vom 6. September 2023

2221. 2022/439

Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 14.09.2022: Rekommunalisierung der Firma Biogas Zürich AG

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Barbara Wiesmann (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 621/2022): Die Biogas Zürich AG produziert ihr Gas zu 75 Prozent aus dem Klärgas des Klärwerks Werdhölzli. 25 Prozent stammen aus Bioabfällen, die zu 70 Prozent von der Stadtzürcher Bevölkerung stammen und von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) eingesammelt werden. Das heisst, dass über 90 Prozent des Biogases aus der Stadt stammt. Die Biogas Zürich AG arbeitet also praktisch nur mit den städtischen Akteuren zusammen. Die Zusammenarbeit mit ERZ ist sehr eng. Seit der totalrevidierten Verordnung für die Abfallbewirtschaftung, die seit dem 1. Januar 2023 in Kraft ist, ist neu die Stadt für die Sammlung und Verwertung von biogenem Siedlungsabfall verantwortlich. Die Biogas Zürich AG erhielt mit einem Stadtratsbeschluss den Auftrag, die Verwertung der biogenen Abfälle zu übernehmen. Durch die unterschiedlichen Organisationen werden unnötige Hürden eingebaut, die eine unkomplizierte Zusammenarbeit erschweren. Es ergibt keinen Sinn, dass die Biogas Zürich AG nicht Teil der Stadtverwaltung ist. Es handelt sich um einen kleinen Betrieb mit wenigen Mitarbeitenden, der sich problemlos eingliedern lässt. Aufgrund der geplanten Erweiterung des Klärwerks Werdhölzli und der Biogas-Aufbereitungsanlage ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Rekommunalisierung der Biogas Zürich AG. Eine solche Erweiterung führt zu organisatorischen Änderungen; die Eingliederung der Biogas Zürich AG kann dabei mitgeplant werden. Ebenfalls für die Rekommunalisierung spricht, dass Biogas für die Abdeckung der Spitzenlast bei thermischen Netzen und der Fernwärme sowie für industrielle Prozesse sehr wichtig ist. Bis jetzt ist in diesen Bereichen noch keine nachhaltige Alternative in Sicht. Biogas aus der Schweiz steht nur in einem sehr beschränkten Umfang zur Verfügung. Es ist wichtig, dass wir die Hoheit über das Gas haben und dass es für Anwendungen eingesetzt wird, für die es keine Alternativen gibt. Aktuell wird das Gas an die Energie 360° AG verkauft, die es unter anderem für die normale Bandlast beim Heizen verwendet. Das ist nicht zielführend und muss sich ändern. Der Antwort des Stadtrats kann man entnehmen, dass er Handlungsbedarf sieht, aber weitere Abklärungen einleiten will. Aus unserer Sicht ist eine Wiedereingliederung in die Stadtverwaltung die richtige Lösung, weil auch alle Stakeholder so organisiert sind. Da die Stadt zu zirka 95 Prozent an der Energie 360° AG beteiligt ist, gehe ich davon aus, dass sie Einfluss nehmen kann, sodass die Energie 360° AG der Rekommunalisierung zustimmen wird.



2 / 4

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Die Biogas Zürich AG wurde im Januar 2011 durch die Stadt und die Energie 360° AG gegründet. Ein Jahr später kam Limeco als Aktionärin dazu. Der Zweck des Unternehmens war immer, Grüngut und Bioabfälle zu Biogas zu verarbeiten. Das Biogas wird in das Gasnetz der Energie 360° AG eingespeist. Die Sammlung von Grüngut und Bioabfall wurde immer von ERZ erledigt. Bis zum Jahr 2022 war die Bioabfallsammlung in der ganzen Stadt freiwillig. Nicht alle Haushalte konnten Bioabfall getrennt entsorgen. Die Abonnements basierten auf einem privatrechtlichen, kostendeckenden Vertrag. Das änderte sich ab dem Jahr 2023. Mit der neuen Abfallverordnung ist das Ganze vollständig gebührenfinanziert und Schritt für Schritt wird die Bioabfallsammlung für alle Haushalte ermöglicht. Die Stadt war bereits vorher bei weitem der grösste Zulieferer der biogenen Abfälle. Mit der Einführung der flächendeckenden Bioabfallsammlung wird dieser Anteil zusätzlich steigen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass aufgrund der neuen Ausgangslage die Rechts- und Organisationsform der Biogas Zürich AG ergebnisoffen überprüft werden soll. Damit die Biogas Zürich AG in die Stadtverwaltung integriert werden könnte, bräuchte es einen Liquidationsbeschluss der Generalversammlung mit einem qualifizierten Mehr. Allein erreicht die Stadt mit ihrem Aktienanteil dieses Quorum nicht. Es braucht die Zustimmung der Energie 360° AG oder der Limeco. Aus Sicht des Stadtrats ist eine Motion darum nicht zweckmässig. Es braucht eine umfassende Prüfung und Ausarbeitung von Varianten, daher kann die Motionsfrist von zwei Jahren nicht eingehalten werden. Darum lehnt der Stadtrat die Motion ab, ist aber gerne bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Die SVP lehnt den Vorstoss als Motion und als Postulat ab. Wir sehen nicht ein, warum man die Energie 360° AG derart schlachten muss. Es ist so, wie wenn man ein Schrottauto auseinandernimmt. Zuerst nimmt man das Fernwärmenetz und jetzt nimmt man die Biogas Zürich AG weg. Diese Strategie ist nicht sinnvoll. Die Energie 360° AG gehört heute bereits vollständig dem Staat. Neben der Stadt ist die Limeco beteiligt, hinter ihr stehen acht Trägergemeinden, womit sie zu hundert Prozent staatlich kontrolliert ist. Eine Integration der Biogas Zürich AG ergibt darum weder aus marktwirtschaftlichen noch strategischen Überlegungen für Energie 360° AG Sinn.

Beat Oberholzer (GLP): Beim Wort Rekommunalisierung läuft es mir eiskalt den Rücken hinunter. Wir Grünliberalen haben eine andere Ansicht als die Motionäre. Es wird nicht automatisch besser, wenn man alles in eine städtische Dienstabteilung umwandelt. Wir sind im Grundsatz überzeugt, dass Bereiche, die wie ein Unternehmen funktionieren und im freien Markt Konkurrenz haben, die Rechtsform von Unternehmen wie beispielsweise eine Aktiengesellschaft oder eine öffentlich-rechtliche Anstalt haben sollen. Darum hatten wir grosse Bedenken bei der sich mittlerweile in Umsetzung befindlichen Rekommunalisierung der Energie 360° AG. Auch in anderen Bereichen, wie beim Stadtspital, sehen wir, dass die Rechtsform als Dienstabteilung die Betriebsführung kompliziert



machen kann. Nach diesen einleitenden Worten ahnt ihr vielleicht, dass wir nach eingehender Analyse und Diskussionen für einmal von unserer Anti-Rekommunalisierungshaltung abweichen. Der Grund ist, dass es zum einen keine richtige Rekommunalisierung ist. Es war von Anfang an eine Aktiengesellschaft, es ist also eine Kommunalisierung. Viel wichtiger ist, dass die Biogas Zürich AG bisher nicht auf dem freien Markt tätig war. Der Rohstofflieferant ist sehr abhängig von der Stadt, von ERZ und dem Klärwerk. Für die Rohstoffherkunft ist also nicht wirklich ein freier Markt gegeben. Auch bei der Abnahme ging bisher alles an die Energie 360° AG. Für die Abdeckung der Spitzenlast bei thermischen Netzen hat es die Stadt von der Energie 360° AG zurückgekauft. Daher ist eine organisatorische Vereinfachung möglich. Ich suchte in der Motionsantwort verzweifelt stichhaltige Argumente gegen die Rekommunalisierung. Ich fand eher formelle Argumente, weshalb wir einmal einer Rekommunalisierung zustimmen. Die kleine Biogas Zürich AG mitten im ERZ-Klärwerk – sie muss nicht zwingend eine AG bleiben.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Uns wird warm ums Herz beim Wort Rekommunalisierung; noch wärmer wird es, wenn die GLP hier mit uns stimmt. Was wird besser? Es wird effizienter. Wenn der Input mehrheitlich aus der Stadt kommt und der Output sinnvollerweise ebenfalls in der Stadt verwertet wird, ist es effizienter, wenn das in unseren Strukturen geschieht. Die Biogas Zürich AG war ein Hilfskonstrukt aus der Ära des ehemaligen Direktors des Elektrizitätswerks (ewz), der das am liebsten weit weg von sich haben wollte. Politisch diente sie nur dem Greenwashing der Energie 360° AG. Bezüglich der Abdeckung der Spitzenlast macht es Sinn, wenn wir die Energie aus dem Klärwerk und Bioabfall, den wir zum grössten Teil in der Stadt generieren, auch benutzen, um unsere Spitzenlast abzudecken. Andere sinnvolle Alternativen zur Deckung gibt es im Moment nicht. Der Stadtrat schreibt in seiner Ablehnung, dass er mit seinen Aktienanteilen das Quorum für einen Liquiditätsbeschluss nicht besitze. Wenn man sieht, dass an der Biogas Zürich AG drei Aktionäre beteiligt sind – die Stadt Zürich, vertreten durch ERZ, mit 54 Prozent; die Energie 360° AG mit 36 Prozent sowie die Limeco mit 10 Prozent –, dann erkennt man, dass mit der Stimmenmehrheit in der Energie 360° AG das Quorum möglich sein sollte – zumindest, wenn der Verwaltungsratspräsident STR Michael Baumer seine Kolleginnen und Kollegen entsprechend instruieren kann.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Wir alle finden es gut und sinnvoll, wenn möglichst viel Abfall fachgerecht entsorgt werden kann und dass die Stadt dafür sorgen will, dass möglichst viel Bioabfall der zweckdienlichen Verwertung zugeführt werden kann. Bisher hatten nur wenige Leute die Möglichkeit, den Bioabfall fachgerecht für die Weiterverwertung zu entsorgen. Aus unserer Sicht gibt es also eine neue Ausgangslage. Daher stimmen wir mit dem Stadtrat überein, dass keine vorschnellen Fakten geschaffen werden sollen. Es soll ergebnisoffen geprüft werden, was mit der Biogas Zürich AG geschehen soll. Wir werden dem Vorstoss weder als Motion noch als Postulat zustimmen. Es ist fraglich, ob eine kommunale Organisation viel effizienter als die Organisation durch eine Aktiengesellschaft ist. Darum appellieren wir für eine ergebnisoffene und unvoreingenommene Prüfung und gegen vorschnelle Hektik.*



4 / 4

Dominik Waser (Grüne): Die Grünen stehen klar hinter diesem Anliegen. Für uns braucht es keine ergebnisoffene Abklärung, sie wurde über Jahre hinweg bereits gemacht. Es ist klar, in welche Richtung es gehen muss. Wir wollen nicht, dass es zu weiteren Verzögerungen kommt, denn wir müssen die Klimaziele rasch erreichen. Wir brauchen keine zusätzlichen Hindernisse. Wir müssen an die Abdeckung der Spitzenlast denken. Wir hoffen, dass sich der Stadtrat nach der erfolgreichen Überweisung an die Arbeit macht und dass auch die anderen Aktionärinnen mitmachen werden.

Barbara Wiesmann (SP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 65 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat